

Übersichten

April 1998

Außenpolitik

1 UNO-Generalsekretär Kofi Annan in China

Vom 2. bis 4. April besuchte der UNO-Generalsekretär auf einer Reise durch die Länder der fünf Ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats auch die VR China und wurde dort sofort von Staatspräsident Jiang Zemin empfangen, der ihm versicherte, wie wichtig für China die Rolle der UN sei, deren Bedeutung seit dem Ende des kalten Kriegs – und im Zuge der Multipolarisierung – sogar noch weiter zugenommen habe. China stehe dieser Entwicklung mit Sympathie gegenüber.

Umgekehrt betonte Annan, er sei in jüngster Zeit vor allem durch zwei Zugeständnisse Chinas beeindruckt worden, nämlich erstens durch die Bereitschaft der VRCh, die UNO-Konvention über „politische und soziale Rechte“ zu unterschreiben (dazu C.a., 1993/3, Ü 6), und zweitens durch die Einladung der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Mary Robinson, nach China. Frau Robinson werde die Volksrepublik voraussichtlich im September 1998 besuchen. Die UNO beglückwünsche China außerdem zu seiner „bedeutsamen Rolle bei der Bewältigung der Finanzkrise in Asien“, fügte Annan hinzu.

Annan unterrichtete die Regierung über den Stand der Irak-Krise, die durch seine persönliche Intervention zu einem vorläufig guten Ende gekommen war (SCMP, 3.4.98).

Hauptzweck von Annans Besuch war es ja in der Tat gewesen, bei den fünf Ständigen Mitgliedern des UNO-Sicherheitsrats Zustimmung für das von ihm ausgehandelte Irak-Memorandum zu erhalten. -we-

2 ASEM II in London

Am 3. und 4. April trafen sich fünfzehn europäische und zehn asiatische Regierungschefs zu ihrem zweiten ASEM (Asia Europe Meeting) in London. Das erste Treffen dieser Art hatte im März 1996 in Bangkok stattgefunden – damals allerdings unter wirtschaftlich umgekehrtem Vorzeichen: Während die Asiaten damals wirtschaftlich noch mitten im Vormarsch, die Europäer aber anscheinend auf dem Rückzug begriffen waren, stellte sich die Situation diesmal – nach der „Asienkrise“ von 1997/98 – gerade umgekehrt dar.

Kein Wunder, daß die Wirtschaftskrise das mit Abstand wichtigste Thema bildete, obwohl es ursprünglich eigentlich um eine viel allgemeinere Fragestellung gegangen war, nämlich um die Zukunft der asiatisch-europäischen Beziehungen.

Star bei der Veranstaltung war neben dem Gastgeber Tony Blair vor allem der neue Ministerpräsident Zhu Rongji, der, zusammen mit dem neuen Außenminister Tang Jiaxuan, in seiner Eigenschaft als Premierminister zum ersten Mal auf politischer Bühne hervortrat.

Aus chinesischer Sicht ist das ASEM eine wichtige Manifestation der weltweit zunehmenden „Multipolarisierung“. Seit dem ersten ASEM-Gipfel von 1996 habe es, wie Zhu Rongji bei seiner Rede am 3. April hervorhob, zahlreiche Fortschritte gegeben, die beim Londoner Treffen bereits in Vereinbarungen und Dokumente eingegangen seien. Mehrere Dokumente wurden bei ASEM II herausgegeben, nämlich das „Chairman's Statement“, ferner das „Asia-Europe Cooperation Framework“, drittens der „ASEM Investment Promotion Action Plan“ so-

wie der „ASEM Trade Facilitation Action Plan“. Des weiteren kam es zur Errichtung der „Asia-Europe Vision Group“ und des „Asia Europe Environmental Technology Centre“. Zusätzlich fand am Rande der ASEM auch noch das Dritte asiatisch-europäische Business-Forum statt.

Auch in London hoben vor allem die asiatischen Teilnehmer immer wieder den „informellen“ Charakter der Konferenz hervor. Im Mittelpunkt stehe das persönliche Gespräch, die Herstellung harmonischer Beziehungen und der ständige „Konsens durch Konsultationen“ (*xieshang yizhi*). Die Gründung der „Visions-Gruppe“ soll dem Prozeß der Zusammenarbeit eine längerfristige Perspektive geben – und u.a. schon heute das nächste Gipfeltreffen in Singapur (ASEM III) im Jahr 2000 vorbereiten.

Auch die beiden „Aktionspläne“ sollen dazu dienen, den Wirtschaftsaustausch zwischen beiden Seiten geschmeidiger werden zu lassen und vor allem protektionistische Maßnahmen auszuschließen; denn die Zukunft gehöre dem offenen Markt.

Die europäische Seite konnte sich zwar nicht dazu durchringen, den Asiaten in ihrer Krise mit großzügigen finanziellen Mitteln beizustehen, doch wurde wenigstens ein „ASEM Trust Fund“ begründet, aus dem Studien über finanzielle und soziale Maßnahmen als Antworten auf die „Asienkrise“ finanziert werden sollen.

Zhu Rongji hob bei seiner Rede drei Punkte hervor, nämlich erstens die Verpflichtung Chinas, den Renminbi nicht abzuwerten und damit einen Stabilisierungsbeitrag in Asien zu leisten, zweitens durch Ankurbelung der binnenländischen Nachfrage im Jahre 1998 ein achtprozentiges Wirtschaftswachstum in China zu garantieren, und, drittens, von den Möglichkeiten der Treuhandstiftung intensiven Gebrauch zu machen.

Außerdem brachte er vier Vorschläge ein, nämlich (1) Verstärkung des Wirtschaftsaustausches, (2) Verstärkung der Kooperation in Wissenschaft und Technologie (zu diesem Zweck möge ein „Asien-Europa-Ministertreffen für Wissenschaft und Technologie“ ins Leben gerufen werden), (3) engere internationale Kooperation im Finanzsektor vor allem durch stärkere Vorsorgemaßnahmen gegen finanzielle Risiken und (4) Verstärkung des politischen Dialogs, in dessen Rahmenwerk die Gemeinsamkeiten hervorgehoben, die Meinungsverschiedenheiten aber zeit-

weise beiseite geschoben werden mögen (*Zhongguo xinwen she* in SWB, 6.4.98).

Wichtigste Funktion des ASEM-Treffens war es am Ende, das Vertrauen in die asiatischen Volkswirtschaften wiederhergestellt zu haben. Allerdings müssen zur Vollendung dieser Aufgabe noch eine Reihe von Hausaufgaben gelöst werden – mehr Transparenz im Bankenwesen, Stärkung der Finanzaufsicht, Schaffung eines internationalen Frühwarnsystems und kontinuierliche Öffnung der Märkte. Auf keinen Fall dürfe der asiatischen Finanzkrise eine Abschottung der Märkte folgen. Diese (Selbstverpflichtungs-) Erklärung gaben vor allem die europäischen Länder ab, denen asiatische Regierungen immer wieder unterstellen, sie könnten versucht sein, ihre Märkte gegen Billigoffensiven aus Asien zu verriegeln. Eine „Festung Europa“ werde es nicht geben, hob vor allem Bundeskanzler Kohl in London hervor. Alle Beteiligten bekräftigten, das derzeitige Niveau der Marktöffnung mindestens beizubehalten, darüber hinaus im Rahmen der WTO aber eine noch weitere Liberalisierung der Märkte anzustreben.

Mit dem Europahandel konnten die asiatischen Regierungschefs schon vorher zufrieden sein: 1996 hatte die EU für 206 Mrd. US\$ in die Region exportiert und umgekehrt Waren in Höhe von 238 Mrd. US\$ von dort importiert. „Asien“ profitierte vom Europahandel also in Höhe von 34 Mrd. Dollar Überschüssen.

Obwohl die Ergebnisse von ASEM II nicht gerade berauschend waren, dürften sie doch in mindestens zweifacher Hinsicht Auswirkungen nach sich ziehen: Erstens hatten sie im Bereich des Massenkommunikationswesens außerordentliche Durchschlagskraft; nahmen doch nicht weniger als 2.500 Delegierte – und ebenso viele Medienvertreter! – an dem Treffen teil. Zweitens hatten vor allem die asiatischen Regierungschefs das Gefühl, bei den Europäern eine neue Qualität des „Verstehens“ angekurbelt zu haben:

Singapurs Premierminister Goh Chok Tong wies z.B. darauf hin, daß es bisher nicht klar gewesen sei, ob Europa die schwerwiegende Krise Asiens überhaupt richtig zur Kenntnis genommen habe. Daran könne nun, nach dem Treffen, kein Zweifel mehr bestehen.

Malaysias Regierungschef Mahathir, der schon mehrfach Verschwörungstheorien bemüht hatte, glaubt, daß die Gespräche den Europäern definitiv klargemacht haben, daß es mit

den Devisenspekulationen im bisherigen Ausmaß nicht weitergehen könne.

Hongkongs *South China Morning Post* meinte, daß aus dem bisherigen asiatisch-europäischen Flirt eine richtige Liebe geworden sei, und China betrachtete den Ausgang des Gipfels vor allem, wie bereits erwähnt, als einen neuen Triumph der weltweit zunehmenden Multipolarisierung.

Für China hat ASEM II überdies das Tor auf dem langen Marsch zur WTO um einen weiteren Spalt geöffnet. Außerdem konnte China das Gefühl haben, politisch weiter an Gewicht hinzugewonnen zu haben.

Die chinesische Seite bedankte sich denn auch entsprechend artig bei den britischen Gastgebern. Man sei dankbar für den freundlichen Empfang, der mehr im Zeichen des Dialogs als der Konfrontation gestanden habe (SCMP, 4.4.98).

Für Zhu Rongji war der Gipfel auch ein persönlicher Erfolg; hatten doch die Europäer in London entdecken können, daß hier zum ersten Mal nach langer Zeit wieder ein „sympathischer Kommunist“ aufgetaucht sei, der in vielem an Gorbatschow erinnere, wobei allerdings Zhu nicht gerne mit Gorbatschow verglichen werden möchte, weil der russische Kollege allzu viele negative Assoziationen („Untergang der Sowjetunion“) hervorruft.

Am Rande des ASEM-Treffens kam es allerdings auch zu Protesten von Exilintellektuellen, die die Politik Chinas verurteilten (SCMP, 3.4.98). -we-

3 Zhu Rongji in Frankreich

Im Anschluß an ASEM II kam der neue chinesische Premierminister auch zu einem dreitägigen Besuch nach Paris (5.-7. April).

Zhu Rongji konnte sich dabei auf die „Gemeinsame Erklärung“ berufen, die beide Seiten 1997 zwecks Gründung einer „umfassenden Partnerschaft“ unterzeichnet hatten (dazu C.a., 1997/5, S.427-433). Frankreich war übrigens auch diejenige europäische Nation gewesen, die sich am stärksten dafür eingesetzt hatte, daß in Zukunft bei der UNO - Menschenrechtskommission in Genf keine antichinesische Menschenrechtsresolution von seiten der EU mehr eingebracht werden sollte (näheres dazu C.a., 1998/3, Ü 2). Auch hatte bekanntlich de Gaulle 1964 – damals gegen scharfe US-Proteste – diplomatische Beziehungen zwischen

Frankreich und der VR China aufgenommen.

Zwischenzeitlich war es freilich auch immer wieder zu schweren Eintrübungen gekommen, so z.B. im Anschluß an das Tiananmen-Massaker, als Frankreich die meisten und prominentesten Dissidenten bei sich aufgenommen hatte, aber auch im Zusammenhang mit Flugzeug- und Schifflieferungen der Franzosen an Taiwan.

Inzwischen sind die Wogen aber längst wieder geglättet.

Die Menschenrechtsfrage wurde zwar auch bei der Zhu-Visite in Paris angesprochen, erregte aber keine Ärgernisse mehr (dazu *Le Monde*, 8.4.98). Da nützte es auch nichts, daß der Dissident Wei Jingsheng an der Pariser Chinapolitik scharfe Kritik übte.

Beide Seiten waren sich darin einig, daß die partnerschaftlichen Beziehungen „im Hinblick auf das 21. Jahrhundert“ noch weiter ausgebaut werden sollen (XNA in SWB, 8.4.98).

Unter anderem traf Zhu Rongji mit mehr als 200 französischen Spitzenmanagern zusammen und nutzte diese Gelegenheit, zu verstärkten Investitionen aufzurufen: „Ich glaube, daß China der beste Platz für eine Investition in Asien ist. Die Entscheidung liegt jedoch bei Ihnen. Warten Sie jedoch bitte nicht zu lange!“, sagte er unter dem freundlichen Lächeln seiner Zuhörer (XNA in SWB, 9.4.98). Allerdings spielt Frankreich im Außenhandel der VR China immer noch eine verhältnismäßig untergeordnete Rolle und hat dort gerade einmal den zehnten Platz erreicht.

Beide Seiten sehen viele Gemeinsamkeiten für eine Fortentwicklung der Partnerschaft, sei es nun, daß sie gemeinsam dem Ständigen Ausschuß des UNO - Sicherheitsrats angehören, sei es, daß sie in den vergangenen Jahren (u.a. beispielsweise in der Irak-Frage) gemeinsame außenpolitische Standpunkte bezogen haben oder sei es, daß sie sich wirtschaftlich gut ergänzen (XNA, 6.4.98).

Ärger im französisch-chinesischen Verhältnis ist mittlerweile allerdings aus einer ganz unerwarteten Richtung, nämlich aus Französisch-Neukaledonien gekommen, wo immer wieder chinesische Boat people anlanden und um Asyl bitten. Im März 1998 sollten 110 dieser Asylsuchenden nach China repatriert werden; im letzten Augenblick jedoch stoppten die Behörden diese Aktion und genehmigten die Asylanträge – offensichtlich, um

die chinesischen Behörden nicht zu reizen (SCMP, 24. und 27.3.98). -we-

4 Ein neuer Außenminister der VR China: Tang Jiaxuan

Am 19. März 1998 trat der 60jährige Tang Jiaxuan als Außenminister an die Stelle Qian Qichens, der den anstrengenden Posten offensichtlich aus Altersgründen aufgegeben hatte und dem es künftig überdies darum zu tun sein dürfte, seine Stellung als Politbüromitglied konzentrierter wahrzunehmen.

Der neue Außenminister hat eine verhältnismäßig bescheidene politische Karriere hinter sich:

Geboren im Januar 1938 in Zhenjiang (Provinz Jiangsu), also jener Stadt, wo sich Yangzi (Ost-West) und Kaiserkanal (Nord-Süd) kreuzen, hat an der Fudan-Universität Englische Linguistik und Literatur und an der Beijing-Universität Japanisch studiert – und kann sich damit rühmen, zwei der angesehensten Hochschulen Chinas absolviert zu haben. Das Abschlußexamen an der Beida legte er 1962 ab.

Anschließend diente er als Stellvertretender Abteilungsleiter der „Vereinigung des chinesischen Volks für die Freundschaft mit dem Ausland“ (1975-1978) und war anschließend (1978-1983) an der chinesischen Botschaft in Tokyo tätig; 1985 bis 1988 nahm er das Amt eines Stellvertretenden Direktors der Asienabteilung im Außenministerium wahr, diente von 1988 bis 1991 wiederum in der chinesischen Botschaft in Japan und von 1991 bis 1993 als „Assistierender Außenminister“.

1997 nahm er als Mitglied der chinesischen Regierungsdelegation an den Übergabereimonien für Hongkong teil und wurde dann beim XV. ZK im September 1997 zum ZK-Mitglied gewählt.

Bei seinem Amtsantritt wies Tang auf seine großen Vorbilder Zhou Enlai, den „Begründer der chinesischen Diplomatie“, und Qian Qichen hin, der das Außenamt ein ganzes Jahrzehnt lang wahrgenommen und den überkommenen Stil auf modellhafte Weise fortgesetzt habe (XNA, 7.4.98).

Tang war ebenso wie der neue Ministerpräsident Zhu Rongji vom IX. NVK (5.-19.3.98) ins Amt gewählt worden.

Sein erstes Auftreten im Ausland fand an der Seite des neuen Ministerpräsidenten Zhu Rongji statt, und zwar

anlässlich der ASEM-II-Konferenz am 2./3. April 1998 in London. Der Ministerpräsident und sein Außenminister traten hier zum ersten Mal in ihrem neuen Amt öffentlich hervor.

Während Zhu Rongji ein glänzendes Erscheinungsbild hinterließ und von seinen europäischen Gesprächspartnern zugleich als eine Art „roter Ludwig Erhard“ empfunden wurde, hinterließ Tang einen etwas hölzernen – und auch sonst wenig günstigen Eindruck. Befragt zu den Protesten der Exiltibeter am Rande des Londoner Gipfels formulierte er seine Meinung höchst ungeschickt mit den Worten, daß „ihr Lärm nichts mehr sei als das lästige Gebrumme von Moskitos“.

Tang wurde offensichtlich vor allem wegen seiner guten Sprachkenntnisse an die Spitze des Außenamts gewählt.

Er ist der achte Außenminister seit Gründung der VR China. Das Amt wurde von 1949 bis 1958 vom damaligen Ministerpräsidenten Zhou Enlai in Personalunion geführt. In Zhous Fußstapfen als Außenressortleiter trat 1958 der im Bürgerkrieg so erfolgreiche – und später zum Marschall ernannte – Militärführer Chen Yi, der das Amt bis 1967 aktiv ausübte, es aber bis zu seinem Tod im Jahre 1972 formell beibehielt, obwohl damals – im Zeichen der Kulturrevolution – keine Außenpolitik im herkömmlichen Sinne mehr stattfand! Sein Nachfolger Qi Pengfei (1972-1976) war in der unglücklichen Situation, für den Rest der Kulturrevolution auf gleich „verlorenem Posten“ zu stehen.

Eine unglückliche Figur machte auch der – übrigens an der Uni Tübingen ausgebildete – Qiao Guanhua, der mitten in die Wirren der ausgehenden Kulturrevolution hineingeriet, und der in seinem Opportunismus auf das falsche Pferd setzte, als er nämlich am 9. April 1976 persönlich einen Massendemonstrationszug seines Ministeriums quer durch Beijing anführte, der den Sturz des damaligen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Deng Xiaoping bejubelte und sich gleichzeitig über den Aufstieg des neuen Regierungschefs Hua Guofeng begeistert zeigte (dazu C.a., 1976/5, Ü 14). Da Qiao ein enger Vertrauter des Deng-Förderers Zhou Enlai gewesen war, mußte er diese „Undankbarkeit“ noch im gleichen Jahr mit seinem Sturz bezahlen.

Schon im Dezember 1976 trat Huang Hua die Nachfolge an, ein langjähriger persönlicher Sekretär Zhu Des, der sich auch als Dolmetscher zwischen

Edgar Snow und Mao Zedong in den Yan'an-Jahren einen Namen gemacht hatte. Er war bis November 1982 im Dienst und wurde dann von Wu Xueqian (November 1982 bis April 1988) abgelöst. Im April 1988 war dann Qian Qichen an die Reihe gekommen, der nun, nach über zehn Jahren, von Tang Jiaxuan abgelöst worden ist.

Ein einheitliches Porträt „des“ chinesischen Außenministers läßt sich nicht erstellen: es gab Amtsträger, die, wie Qian Qichen, zehn Jahre lang im Amt waren, und solche, die es nicht einmal auf ein Jahr brachten, wie Qiao Guanhua. Darüber hinaus standen an der Spitze des Amts Spitzenpolitiker wie Zhou Enlai und Chen Yi, aber auch politische Leichtgewichte wie Wu Xueqian oder wie der neue Außenminister Tang, der erst kurz vor seiner Ernennung noch schnell ins ZK aufgenommen worden war, um ihm so noch im letzten Augenblick die erforderlichen Weihen zukommen zu lassen; denn daß ein Außenressortleiter auch ZK-Mitglied zu sein hat, gehört mittlerweile zum politischen Brauchtum der VR China. Bisweilen werden übrigens sogar Botschafter im ZK-Rang entsandt. Vor allem war dies zur Zeit des „sozialistischen Internationalismus“ der Fall, z.B. zur Zeit des VIII. ZK (1956 ff.), in dessen Verlauf zwei Botschafterposten mit ZK-Funktionären besetzt wurden, nämlich die in Moskau und in Tirana. Beim IX. ZK, das – satsungswidrig – erst 1969 stattfand, und zwar in einer „kulturrevolutionär“ aufgewühlten Zeit, gab es ZK-Funktionäre nur noch auf den Botschafterposten in Tirana und in Paris, dagegen nicht mehr in Moskau, das (seit 1968) zum Hauptfeind Beijings geworden war. Die Besetzung der Pariser Position mit einem ZK-Mitglied war offensichtlich darauf zurückzuführen, daß de Gaulle 1964 die VR China diplomatisch anerkannt und dem Land damit einen einzigartigen Durchbruch in der westlichen Welt verschafft hatte.

Heutzutage besteht kein Anlaß mehr, noch ZK-Vertreter auf Botschafterposten zu entsenden.

Die Botschafter im ZK-Rang waren Liu Xiao und Pan Zili (Moskau), Geng Biao und Liu Chenhua (Tirana) sowie Huang Zhen (Paris) (Nachweise in Wolfgang Bartke, *Der diplomatische Dienst der Volksrepublik China nach der Kulturrevolution*, Bd. 46 der Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, Hamburg 1972, S.12 f.). -we-

5 Hu Jintao in Südkorea

Vom 26. bis 30. April besuchte der Stellvertretende Staatspräsident (und Mitglied im Ständigen Ausschuss des Politbüros), Hu Jintao, Südkorea.

China ist für Seoul vor allem in zweifacher Hinsicht wichtig, nämlich als Helfer bei der Wiedervereinigung (nur Beijing verfügt über genügend Einfluß auf Nordkorea, um dessen starre Positionen aufzubrechen) und als Wirtschaftspartner. Obwohl Kontakte erst seit wenigen Jahren bestehen und diplomatische Beziehungen überhaupt erst 1992 aufgenommen wurden, hat der beiderseitige Handel bis Ende 1997 bereits eine Summe von 23,5 Mrd. US\$ erreicht. China ist Südkoreas drittgrößter Handelspartner nach den USA und Japan.

Bevor Hu nach Korea kam, war er in Japan gewesen und hatte dort ein Abkommen über den gegenseitigen Besuch von chinesischen und japanischen Marineeinheiten unterzeichnet (XNA, 27.4.98).

Hu sicherte den Koreanern zu, daß China seine Währung nicht abwerten wolle, sondern sie im Interesse der finanziellen Stabilisierung in Asien bei ihrem bisherigen Austauschverhältnis halten wolle. Er versprach darüber hinaus, weiterhin an einer friedlichen Lösung des Koreaproblems mitzuarbeiten.

Einstweilen gewähre China dem nordkoreanischen Nachbarn auch Nahrungsmittelhilfe. Im September 1997 beispielsweise habe es 80.000 t Nahrungsmittel dorthin gesandt (SCMP, 3.4.98).

Korea ist gerade dabei, sich aus einer tiefen Wirtschaftskrise herauszuarbeiten. Überall im Lande wird gespart, und außerdem hat die Bevölkerung bei der „Goldaktion“ Anfang 1998 über 200 t Gold zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des Staats zur Verfügung gestellt – eine Aktion, die zwar wirtschaftlich nur ein Tropfen auf den heißen Stein, psychologisch aber eine Art „Verschmelzung von Staat und Volk“ war!

Jahrelang war es in Korea zu einem fatalen Kreislauf zwischen Chaebols (chinesisch: *caijia*, d.h. „wohlhabenden Familien“), Banken und Politikern gekommen, in dem Schmiergelder und gegenseitige Gunstbezeugungen der Beteiligten so reichlich flossen, daß Marktgesetze am Schluß nur noch als störendes Hindernis galten (kein Wunder, wenn sich der Won schon bald als überbewertet erwies!) und daß

dieses Ungleichgewicht innerhalb der „Korea AG“ am Schluß in einer wirtschaftlichen Katastrophe endete, die nicht mehr aus eigenen Kräften, sondern nur noch mit einer Finanzhilfe des IWF in Höhe von 58 Mrd. US\$ gelöst werden konnte.

Obwohl die Situation 1997 zunächst fast aussichtslos erschien, konnte die südkoreanische Volkswirtschaft zu Beginn des Jahres 1998 bereits wieder einen Handelsüberschuß von rund 3 Mrd. US\$ erwirtschaften.

Letztlich ist alles eine Frage des Vertrauens. Daß die Volksrepublik China in dieser schwierigen Situation ihre helfende Hand leiht, dürfte in Südkorea wohl nicht so schnell vergessen werden! -we-

6 Chinesischer Militärbesuch in Indien - überschattet von Tibeter-Protesten

Vom 27. bis 29. April besuchte der Chef des chinesischen Generalstabs, General Fu Quanyou, die Republik Indien, um, wie es offiziell hieß, an der Stabilisierung „langfristiger und gutnachbarlicher Beziehungen zwischen China und Indien“ beizutragen (XNA, 29.4.98).

Der Besuch gehört mit zu jenen zahlreichen Maßnahmen, die China seit Beginn der 90er Jahre ergriffen hat, um sich mit bisher verfeindeten Ländern auszusöhnen, sei es nun mit Vietnam, mit Südkorea oder – eben – mit Indien, mit dem die Volksrepublik noch 1962 einen Grenzkrieg geführt hatte.

Alles wäre so schön verlaufen, hätte es nicht wieder einen „tibetischen Zwischenfall“ gegeben. Nur wenige Stunden nach Ankunft des Generals in Delhi nämlich hatte sich der 60jährige tibetische Flüchtling Thubten Ngotup mit Brennstoff übergossen und angezündet.

Diese aufsehenerregende Aktion war freilich nicht nur gegen China, sondern auch gegen die indischen Behörden gerichtet, die im Hinblick auf den hohen chinesischen Besuch mit Gewalt einen 49tägigen Hungerstreik von sechs Tibetern aufgehoben hatten und zur Zwangsernährung geschritten waren.

Der Zeitpunkt der Intervention ließ deutlich werden, daß die indischen Behörden eine Brückierung Fu Quanyous vermeiden wollten.

Die indische Öffentlichkeit pflegt mit antichinesischen Protesten der Tibeter zu sympathisieren, und zwar nicht

nur wegen der ohnehin antichinesischen Stimmung, sondern auch deshalb, weil der Protest der Tibeter gewaltlos zu verlaufen pflegt und damit an die Gandhischen Traditionen erinnert, die Indien selbst einmal gegen die einstigen britischen Kolonialherren mit Erfolg angewandt hat.

Der Zwischenfall warf erneut ein Schlaglicht auf die Brisanz der chinesisch-indischen Beziehungen: Indien gewährt nicht nur dem Dalai Lama (im nordindischen Dharamsala), sondern weiteren 140.000 tibetischen Flüchtlingen Asyl. Überdies kommt es im Grenzgebiet immer wieder zu gegenseitigen Übergriffen.

Delhi beschuldigt China, auf dem tibetischen Hochplateau Raketen mit Zielrichtung Indien aufgestellt zu haben und außerdem den Intimfeind Indiens, die Islamische Republik Pakistan, beim Aufbau eines Raketenprogramms zu unterstützen. Nicht zuletzt auch habe sich China in Birma einen antiindischen Horchposten verschafft (dazu C.a., 1996/1, Ü 3; 1994/12, Ü 1).

Unabhängig von solchen Beschuldigungen haben sich die beiden asiatischen Nachbarn jedoch bemüht, bilaterales Konfliktpotential abzubauen: 1993 wurde beispielsweise eine Vereinbarung zur „Grenzberuhigung“ unterzeichnet, und 1996 folgte ein Vertrag über vertrauensbildende Maßnahmen, der die Stationierung bestimmter Waffen in Grenznähe verbietet, Manöver auf Divisionsstärke beschränkt und Überflugverbote regelt.

Außerdem pflegt die chinesische Seite indischen Bedenken meist den Einwand entgegenzuhalten, daß Beijing sich nach jenen Fünf Prinzipien richte, die 1954 von China gemeinsam mit Indien und Birma aus der Taufe gehoben worden seien.

Manchmal dürfte sich die chinesische Diplomatie wie im Hase-Igel-Wettstreit fühlen: Wo immer chinesische Repräsentanten auftauchen, sind auch schon tibetische Demonstranten zur Stelle, übrigens war dies auch in London und in Paris – am Rande des ASEM-II-Gipfels und der chinesisch-französischen Begegnung – der Fall.

Auch Nepal hat mit tibetischen Flüchtlingen seine liebe Not. Erst Mitte April wurden dort erneut 118 Flüchtlinge aufgegriffen, die von Tibet via Nepal nach Dharamsala fliehen wollten. Kurze Zeit vorher hatten die chinesischen Behörden verschärfte Aktionen gegen solche Fluchtaktivitäten angekündigt. Die nepalesi-

schen Behörden befinden sich hier in einem Dauerdilemma: Meistens halten sie Flüchtlinge aus Tibet eine Zeitlang fest und vernehmen sie, um auf diese Weise der VR China Reverenz zu erweisen, entlassen sie dann aber in Richtung Dharamsala (SCMP, 25.4.98). -we-

7 Waffenkäufe trotz Embargos

a) Woher China seit 1989 seine Waffen beziehen konnte

Ein „US Congressional Report“, der Ende April zugänglich wurde, zeigt, daß die chinesische VBA trotz des Waffenlieferungsembargos, zu dem sich die westlichen Staaten nach dem Tiananmen-Massaker von 1989 entschlossen hatten, weiterhin Hochtechnologieausrüstungen in Milliardenhöhe beziehen konnte, wobei vor allem Rußland und Israel als Hauptlieferanten in die Lücke sprangen.

Von den Hightech-Waffenkäufen in Höhe von 5,3 Mrd. US\$, die zwischen 1990 und Ende 1996 von der VBA (vermutlich) getätigt werden konnten, wurden 72% (im Gesamtwert von 3,8 Mrd. US\$) von Rußland geliefert.

Der „Nahe Osten“ war in Höhe von 17% an den Lieferungen beteiligt, und zwar hauptsächlich Israel in Höhe von 900 Mio. US\$.

US-Firmen lieferten im gleichen Zeitraum, und zwar in Erfüllung von Verträgen, die noch vor 1989 geschlossen worden waren, Militärgüter in Höhe von 37,1 Mio. US\$. Aufgrund von Sondererlaubnissen des Präsidenten wurden auch noch Verkäufe an China in Höhe von 307,4 Mio. US\$ getätigt, hauptsächlich für den Bau von Satelliten. Infolgedessen lag der US-Anteil an den Militärlieferungen für die VBA im besagten Zeitraum bei 6,5%.

Westeuropa, wo sich die meisten Staaten an das „freiwillige Embargo“ hielten, war mit lediglich 121,9 Mio. US\$ (= 2,3%) beteiligt, wobei ebenfalls hauptsächlich Verträge aus der Zeit vor 1989 eingelöst wurden.

Wegen der systematischen Durchbrechung des Embargos durch Rußland und Israel haben einige europäische Staaten mittlerweile erklärt, daß sie sich künftig wahrscheinlich nicht mehr an die Verbotsvereinbarung gebunden fühlen. Viel hänge hier allerdings von der weiteren Entwicklung der Menschenrechtsslage in China ab (SCMP, 30.4.98).

b) Neue Organe, neue Bewaffnungsüberlegungen

Sollte es in Kürze also zu einem Wegfall des Embargos kommen, so erhielte damit die neugegründete „Kommission für Wissenschaft, Technologie und nationale Verteidigungsindustrie“ einen unerwartet breiten Betätigungsbereich.

Hochwillkommen dürfte die Aufhebung des Embargos aber auch der „ZK-Führungsgruppe für Technologie und Erziehung“ sein, die im März 1998 unter Führung von Ministerpräsident Zhu Rongji gebildet wurde und deren Ziel es ist, langfristige Pläne für die technologische Entwicklung Chinas zu entwerfen, sowohl für den industriellen als auch den militärischen Bereich.

Was das Militär anbelangt, so legt es besonderen Wert auf Aeronautik und Raumtechnologie sowie auf eine Modernisierung der Marine, vor allem auf die Entwicklung von Flugzeugträgern.

Während das Land sein Haushaltsdefizit 1998 um mindestens 10 Mrd. Yuan verringern will, hat es doch gleichzeitig größere Summen für zivile und militärische Technologiezwecke beiseitegestellt – getreu dem Motto Jiang Zemin, daß „China durch Wissenschaft und Technologie neu belebt“ werden solle (SCMP, 1.4.98).

c) Neue Organisationsformen

Hand in Hand mit der Technologie soll auch die Ausbildung und Organisation der VBA neu überdacht werden: Angestrebt wird eine kleine und hocheffiziente Armee, weshalb bis zum Jahr 2000 nicht weniger als eine halbe Million Offiziere und Soldaten ins Zivileben entlassen werden sollen (zu den einzelnen Abrüstungsschritten vergl. C.a., 1998/2, Ü 4).

Darüber hinaus sollen die „Drei Allgemeinen Abteilungen“ (Generalstab, Logistische Abteilung und Allgemeine Politische Abteilung) abgeschafft und durch das „Joint Staff System“ (nach amerikanischem Vorbild) ersetzt werden, damit die bisherige „Bergfestungsmentalität“ (*shantouzhuyi*), d.h. die notorische Auseinandersetzung zwischen den einzelnen Abteilungen aufgehoben und die Voraussetzungen für eine bessere Zentralisierung geschaffen werden.

Zweitens soll ein „Joint Duty System“ – ebenfalls nach amerikanischem Muster – eingeführt werden. Unter dem Oberkommando des Verteidigungsministeriums und des ZK-Militärausschusses soll demnach ein „Joint Chiefs of Staff Council“ errichtet werden: ganz auf dieser Linie wären die Einheiten dann nicht mehr lokal (Militärregionen, Militärprovinzen), sondern

funktional auszurichten – also konsequent nach Armee, Luftwaffe, Marine und „Spezialeinheiten“, wobei jede dieser Einheiten direkt dem Kommando der „Joint Chiefs of Staff“ untergeordnet würde (ebd.).

Auch die bisherigen sieben Militärregionen sollen aufgelöst und durch fünf „Kriegsschauplatzkommandanturen“ ersetzt werden. Eine wichtige Funktion hätte hierbei die Nanjing-Kommandantur, die vor allem für alle militärischen Aktionen gegen Taiwan zuständig wäre (*Sing Tao Jih Pao* vom 15.4. in SWB, 16.4.98).

Des weiteren sollen die Trainingsmethoden umgestellt werden, um die Armee auf eine moderne Kriegsführung auszurichten (XNA, 14.4.98). Auch logistisch soll es zur Runderneuerung kommen: Am 5. April entstand zu diesem Zweck die „VBA-Abteilung für allgemeine Bewaffnung“, deren Aufgabe es ist, die Waffenproduktion einem zentralisierten Kommando zu unterstellen (XNA, 6.4.98).

Nicht zuletzt aber soll darauf geachtet werden, daß künftig stärker gegen Korruption in der Armee durchgegriffen wird (dazu SCMP, 6.4.98) und daß die Offiziere sich eine professionelle Berufsauffassung zu eigen machen, daß sie sich m.a.W. künftig weniger in die Politik einmischen, als es bei der alten VBA jahrzehntelang der Brauch gewesen war. -we-

Innenpolitik

8 Verschärfte Sicherheitsarbeit

Ende April 1998 tagte in Lhasa das Regionalkomitee Tibet der Sechsten Chinesischen Politischen Volkskonsultativkonferenz. Im Mittelpunkt der Diskussionen standen Fragen der Sicherheitsarbeit in der Region. Indirekt wurde in den Tagungsberichten angedeutet, daß die Situation trotz verschärfter Überwachungsmaßnahmen gegenüber „Aktivitäten des Separatismus“ weiterhin angespannt ist. „We still have a very arduous task to perform, the problems affecting social and political stability remain very conspicuous, and the factors causing public security problems and breeding crimes will continue to increase.“ Auch das Regionalkomitee selbst ist augenscheinlich nicht völlig frei von „Kräften des Separatismus“.